Aktuelle Themen und Nachrichten aus dem

EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Petra Kammerevert, MdEP

NEWSLETTER

© Europäisches Parlament

NEU! Infobrief der Europaabgeordneten Petra Kammerevert | **AUSGABE:** Juli 2015 Nr. 6

Europa neu denken. SPD

Inhalt

TTIP-Resolution des Europäischen Parlaments

© Felix Kindermann

4 Das Europäische Parlament hat am 8. Juli eine Resolution mit Forderungen zu den laufenden TTIP-Verhandlungen verabschiedet (436 Ja-Stimmen, 241 Nein-Stimmen, 32 Enthaltungen).

Panoramafreiheit erhalten

© Jochen Wirtz

6 Das Europäische Parlament spricht sich gegen Einschränkung der Panoramafreiheit aus.

Aktuelle Themen und Nachrichten

5 **Luxemburgische EU-Ratspräsidentschaft** Der Vorsitz des Rates der Europäischen Union wird zum zwölften Mal von Luxemburg wahrgenommen.

7 **13 Milliarden Euro für Verkehrsprojekte** Die EU fördert den Ausbau der Eisenbahnstrecke "Eiserner Rhein"

8 **Europäische Badegewässer werden immer besser** Mehrheit der Badegewässer in Europa verspricht ungetrübte Badefreuden

9 **Ressourceneffizienz: Rohstoffe sinnvoll nutzen!** Europäisches Parlament legt Position zu Kreislaufwirtschaft fest

9 **"Alle Karten auf den Tisch! "** Europaparlament fordert mehr Transparenz bei der Unternehmensbesteuerung

10 **"Das ist gelebtes Europa"** Volle Öffnung des Arbeitsmarktes für Kroatien seit dem 1. Juli 2015

10 **EU-OSHA präsentiert Befragungs-Ergebnisse** Europaweite Arbeitsschutz-Studie ESENER-2

11 **"Politik und Wirtschaft - in dieser Kombi gern!"** Erfahrungsbericht von Charlotte Steinkamp

12 **Wir suchen Praktikanten!** Praktikum im Abgeordnetenbüro von Petra Kammerevert

Petra Kammerevert

Vorwort

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

ein Hitzerekord jagt den nächsten und kurze Erfrischung verschafft uns nur eine kühle Dusche oder ein kühles Bad. Der Juli sorgt nicht nur für schlaflose Nächte, sondern auch für heiße Debatten über die Krise in Griechenland und das Freihandelsabkommen TTIP.

In dieser Plenarwoche hat der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras sich der Debatte mit den Europaabgeordneten in Straßburg über Lösungen für die griechische Schuldenkrise gestellt und das Thema beherrschte auch ansonsten die Diskussionen sowohl im Plenum wie auch in der Fraktion. Auf eine Zusammenfassung der Debatte verzichten wir in diesem Newsletter, da das Thema ausreichend in den Medien beleuchtet wurde. Ein weiteres großes Thema der vergangenen Plenartagung war die Verabschiedung der Empfehlungen des Europäischen Parlaments für das zukünftige EU-US Freihandelsabkommen (TTIP). Darin fordern wir ein neues System zur Beilegung von Investor-Staat-Streitigkeiten (ISDS), das demokratischen Grundsätzen entspricht und einer demokratischen Kontrolle unterliegt und in dessen Rahmen etwaige Streitsachen in öffentlichen Verfahren transparent von öffentlich bestellten, unabhängigen Berufsrichtern verhandelt werden – dazu mehr weiter unten in diesem Newsletter.

Abgesehen von einer weiteren zweitägigen Sitzung des Kulturausschusses, die noch ansteht, geht damit auch für mich ein überaus arbeitsintensives politisches Halbjahr zu Ende und mit den Temperaturen steigt auch bei mir die Vorfreude auf den wohlverdienten Urlaub. Gelegenheit auch für mich und meine Mitarbeiter/innen ein wenig auszuspannen, bevor das Parlament Ende August wieder die Arbeit aufnimmt - dann werde ich Sie wieder wie gewohnt über alles Wissenswerte aus dem Europäischen Parlament informieren.

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern meines Newsletters einen schönen und erholsamen Sommer und danke Ihnen/euch ganz herzlich für Ihre/eure Treue.

Herzlichst Ihre/eure

Petra Kammerevert

Freihandelsabkommen

© Felix Kindermann

Handelspolitik

KEIN ISDS, KEINE ABSENKUNG VON STANDARDS UND DER SCHUTZ DER KULTURELLEN VIELFALT

Das Europäische Parlament sendet klare Vorgaben an die Verhandlungsführer

Das Europäische Parlament hat am 8. Juli eine Resolution mit einem Forderungskatalog zu den laufenden TTIP-Verhandlungen verabschiedet (436 Ja-Stimmen, 241 Nein-Stimmen, 32 Enthaltungen). Dank unseres Berichterstatters Bernd Lange, haben sich die europäischen Sozialdemokraten in entscheidenden Punkten durchsetzen können.

Die Verabschiedung des TTIP-Berichts kommt hierbei keinesfalls einer vorauseilenden Zustimmung zum Freihandelsabkommen mit den USA gleich. Dieses muss, sobald es komplett ausverhandelt ist in seiner finalen Form dem Europäischen Parlament zur Abstimmung vorgelegt werden. Im nun beschlossenen Bericht haben wir lediglich die Gelegenheit genutzt, Forderungen an die Verhandlungsführer auf beiden Seiten zu stellen. Unsere Forderungen sollen dafür sorgen, dass aus TTIP eben nicht jenes demokratie-vernichtende Konzern-freundliche Monster wird, dass in den vergangen Monaten von vielen Kritikern heraufbeschworen wurde. Ich möchte nicht verschweigen, dass ein solches Abkommen dazu durchaus das Potential hätte. Daher war es wichtig, dass das Parlament die Chance genutzt hat, klare Forderungen an die Verhandlungsführer zu senden und damit den Versuch unternehmen diesem Abkommen unseren sozialdemokratischen Stempel aufzudrücken. Die Lösung der Probleme die mit der Globalisierung einhergehen, ist nicht die Abschaffung von Freihandel, sondern dessen sozialdemokratischen Prinzipien folgenden Regulierung. Dies ist einer der Gründe, warum wir als Sozialdemokraten gegen eine Reihe von Änderungsanträgen der Grünen und der Linken gestimmt haben. Wir Sozialdemokraten haben starke Arbeitnehmerrechte und den unmissverständlichen Schutz unserer öffentlichen Daseinsvorsorge sowie der kulturellen Vielfalt in der Resolution in der Positionierung des Parlaments verankert. Eine Absenkung von Standards für Verbraucher-, Umwelt- und Datenschutz ist nicht verhandelbar. Damit senden wir ein Signal, dass weder die Europäische Kommission noch die amerikanische Administration ignorieren kann. Die EU-Kommission sollte sich bei den Verhandlungen an diese Forderungen halten, wenn sie Handelspolitik im Sinne der Bürgerinnen und Bürger gestalten will und schlussendlich die Zustimmung vom Europäischen Parlament bekommen möchte. Dass das Parlament durchaus gewillt ist, auch internationale Verträge abzulehnen, haben wir in der vergangenen Periode

bei ACTA unter Beweis gestellt.

Der auch im Europäischen Parlament umstrittenste Teil des Textes, der Abschnitt zum Investitionsschutz, stellt die Forderung auf, "das ISDS-Verfahren durch ein neues Verfahren für die Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten zu ersetzen, das den demokratischen Grundsätzen entspricht und der demokratischen Kontrolle unterliegt, in dessen Rahmen etwaige Streitsachen in öffentlichen Verfahren transparent von öffentlich bestellten, unabhängigen Berufsrichtern verhandelt werden, eine Berufungsinstanz vorgesehen ist, die Kohärenz richterlicher Urteile sichergestellt wird, die Rechtsprechung der Gerichte der EU und der Mitgliedstaaten geachtet wird und die Ziele des Gemeinwohls nicht durch private Interessen untergraben werden können". Diese Forderung bezieht sich dabei nicht allein auf TTIP, sondern auf alle existierenden Handelsabkommen sowie auch auf das bereits ausgehandelte CETA-Abkommen mit Canada. Die Abstimmung im Parlament hat deutlich gezeigt, dass es mit uns keine privaten Schiedsgerichte geben wird, jedenfalls nicht für uns als Sozialdemokraten. Diese Resolution ist nicht nur eine Messlatte für TTIP, sondern auch für alle zukünftigen Handelsabkommen. Statt geheim tagender Tribunale und Zahlungen an multinationale Unternehmen die verborgen bleiben, haben wir erreicht, dass sich das Europäische Parlament für ein demokratisches, transparentes System ausgesprochen hat. Unabhängige Richter, von Staaten ernannt. Vollständige Transparenz der Verfahren. Eine Revisionsinstanz. Aus Schiedsstellen, die zum Missbrauch einladen, haben wir unabhängige Gerichte gemacht.

Auch wenn sich diese Resolution nur auf das Freihandelsabkommen mit den USA bezieht, sollte der Kommission dämmern, dass es auch beim CETA-Abkommen drastischer Änderungen bedarf, um die finale Abstimmung im Europäischen Parlament zu überstehen.

© Europäisches Parlament

Europäischer Rat

LUXEMBURGISCHE EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT

Der Vorsitz des Rates der Europäischen Union wird zum zwölften Mal von Luxemburg wahrgenommen

Seit dem 1. Juli hat Luxemburg, einer der erfahrensten Mitgliedstaaten der EU, zum zwölften Mal die sechsmonatige EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Das Programm des luxemburgischen Ratsvorsitzes steht im Kontext der Umsetzung des strategischen Programms für die Union in Zeiten des Wandels, das vom Europäischen Rat am 26. und 27. Juni 2014 verabschiedet wurde. Das Programm enthält die wesentlichen Prioritäten für die Europäische Union für die nächsten fünf Jahre. Außerdem wird den politischen Leitlinien der Arbeit der Trio-Präsidentschaft (Italien, Lettland, Luxemburg) Rechnung getragen.

Die Prioritäten des luxemburgischen Ratsvorsitzes für die zweite Jahreshälfte 2015 sind:

- Investitionen für mehr Wachstum und Beschäftigung freisetzen
- Die soziale Dimension Europas vertiefen
- Die Migration bewältigen, Freiheiten, Recht und Sicherheit miteinander verbinden
- Die Dynamik des Binnenmarkts wiederbeleben durch Digitalisierung
- Die europäische Wettbewerbsfähigkeit an einem globalen und transparenten Rahmen ausrichten
- Das Prinzip der Nachhaltigkeit fördern
- Die Präsenz der Europäischen Union in der Welt stärken

Weitere Informationen zu diesem Thema finden Sie unter folgenden Link:
http://www.eu2015lu.eu

HINTERGRUND

Ein Änderungsvorschlag aus der liberalen Fraktion sah vor, dass die Panoramafreiheit, die in Deutschland und in einigen anderen Ländern Europas existiert, abgeschafft oder zumindest auf die nichtkommerzielle Nutzung beschränkt werden sollte

Panoramafreiheit

KEINE PRIVATISIERUNG DES ÖFFENTLICHEN RAUMS!

EU-Parlament spricht sich gegen Einschränkung der Panoramafreiheit aus

Panoramafreiheit: Worum geht es bei diesem Begriff, den bis vor etwa zwei Wochen kaum jemand kannte und der auf so großes öffentliches Interesse in Deutschland, aber auch in anderen Mitgliedstaaten gestoßen ist? Unzählige Mails erreichten mich dazu in den vergangenen Wochen, die mich allesamt aufgefordert haben, mich für den Erhalt der Panoramafreiheit einzusetzen. Einer Bitte, der ich aus tiefster Überzeugung nochgekommen bin und für die ich mich auch in allen zukünftigen Diskussionen um das Urheberrecht einsetzen werde.

Am 9. Juli hat das Europäischen Parlaments in Straßburg über den Initiativantrag zur "Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft" abgestimmt, um die politischen Leitlinien für die EU-Kommission zur Reform des Urheberrechts vorzugeben. Im Parlamentsvorschlag befand sich auch ein Antrag von französischer liberaler Seite, der die besagte Panoramafreiheit einschränken wollte. Im Rechtsausschuss des Parlaments wurde dieser Änderungsantrag mit Mehrheit angenommen. In der Endabstimmung dieses Berichts im Plenum, ging es darum, diesen Beschluss wieder umzukehren. Mein Ziel für die Abstimmung war es, die uneingeschränkte Panoramafreiheit zu erhalten und kein Signal an die Kommission zu senden, die bestehende Regelung in Deutschland aufzuweichen oder in ihr Gegenteil zu verkehren. "Panoramafreiheit" meint, dass Fotos von öffentlichen Plätzen, Gebäuden oder Skulpturen in der Öffentlichkeit fotografiert und veröffentlicht werden dürfen - auch in sozialen Netzwerken oder Wikipedia – und zwar unabhängig davon, ob die Nutzung kommerziell ist oder nicht.

Der in Rechtsausschuss beschlossene Text lief darauf hinaus, dass für Fotos oder Filme, die für eine kommerzielle Nutzung vorgesehen sind, vorab eine Erlaubnis – etwa beim Künstler/Künstlerin eine Skulptur im öffentlichen Raum, Architekten oder der Architektin eines Gebäudes – eingeholt werden müsse. Das ist völlig weltfremd und stiftet nur Verwirrung. Für jemanden, der ein Foto online stellt, muss es egal sein, ob dieses Foto vor dem Schloss Benrath, dem Wuppertaler Rathaus, der Müngstener Brücke, vor den Gery-Bauten in Düsseldorf oder einer zeitgenössischen Skulptur auf einem öffentlichen Platz gemacht wurde. Es handelt sich dabei um Werke des öffentlichen Raums und dieser Raum darf nicht privatisiert werden. Jedermann kann solche Werke

tagtäglich mehr oder weniger ungehindert betrachten und soll sie daher auch fotografieren können. Die (bewusste) Aufstellung eines Kunstwerkes im öffentlichen Raum bringt zum Ausdruck, dass damit das Werk der Allgemeinheit gewidmet wird. Daraus rechtfertigt sich eine Beschränkung des Urheberrechts in der Weise, dass jedermann das Werk abbilden und die Abbildung verwerten darf. Das schließt die gezielte gewerbliche Verwertung einzelner geschützter Werke, die im Straßenbild sichtbar sind, mit ein. Dies ist im deutschen, aber beispielsweise auch im österreichischen Urheberrecht so festgelegt und wurde in Deutschland bereits mehrfach höchstrichterlich bestätigt. Dabei muss es auch bei einem vereinheitlichten europäischen Urheberrecht bleiben. Alles andere hätte unübersehbare Folgen, nicht nur für jeden einzelnen von uns, sondern auch für Journalisten, Fotographen, für Bildbände und Reiseführer, aber auch für Dokumentationen und Reportagen, die Bilder vom öffentlichen Raum abbilden.

In der Endabstimmung des Berichts im Plenum ist es uns schliesslich gelungen, den umstrittenen Absatz zur Panoramafreiheit zu streichen. Am Ende wird es aber darauf ankommen, ob die Europäische Kommission, die noch in diesem Jahr einen Vorschlag zur Reform des Urheberrechts dem Parament und dem Rat zur Diskussion und zur Abstimmung vorlegt, einen solchen, aus meiner Sicht völlig unsinnigen Vorschlag, erneut aus der Schublade ziehen wird. Es gilt also, weiter wachsam zu bleiben, aber für den Moment haben wir Schlimmeres verhindern können.

© Europäisches Parlament

Ausbau der Infrastruktur

13 MILLIARDEN EURO FÜR VERKEHRSPROJEKTE

Die EU fördert den Ausbau der Eisenbahnstrecke "Eiserner Rhein"

Am 29. Juni hat die Europäische Kommission 276 Verkehrsprojekte vorgestellt, die aus dem EU-Finanzinstrument "Connecting Europe" (CEF) mit 13,1 Mrd. Euro gefördert werden sollen. Mit mehr als 700 Bewerbungen um eine Förderung wurden gut dreimal so viele Anträge eingereicht als letztlich gefördert werden konnten. Dies ist der größte Verkehrsinvestitionsplan, den die EU jemals im Verkehrsbereich erstellt hat. Bis 2020 soll das Programm den Ausbau der transeuropäischen Verkehrsnetze mit insgesamt 24,05 Mrd. Euro aus dem EU-Haushalt fördern. Dabei sind 11,3 Milliarden Euro ausschließlich für Projekte der Mitgliedstaaten vorgesehen. Ein besonderer Fokus bei der Auswahl der Projekte lag auf der sogenannten Intermodalität, also der Verlagerung von Gütern von der Straße auf die Schiene und die Wasserwege.

In Deutschland zählt zum Beispiel der Ausbau der Eisenbahnstrecke "Eiserner Rhein" zu den ausgewählten Projekten. Der „Eiserne Rhein" ist eine wichtige Bahnstrecke für den Güterverkehr zwischen dem Ruhrgebiet und den Seehäfen in Rotterdam und Antwerpen. Auf dieser Strecke fehlt seit 1992 ein wichtiges Teilstück zwischen Dalheim und Roemond. Gefördert werden in Deutschland zudem eine grenzüberschreitende Eisenbahnverbindung zwischen Groningen und Bremen, der Bau und die Elektrifizierung der Strecke von Horka zur deutsch-polnischen Grenze, eine Bahnbrücke zum Hamburger Hafen sowie verschiedene Logistik-Terminals für den Bahnverkehr.

Veröffentlichungen

EU-Badegewässer-Bericht 2014

BADEGEWÄSSER WERDEN IMMER BESSER

Mehrheit der Badegewässer in Europa verspricht ungetrübte Badefreuden

Gute Nachrichten für die Urlaubszeit: Die Wässerqualität europäischer Strände, Flüsse und Seen ist 2014 weiter gestiegen. 95 Prozent aller 22000 überwachten Badegewässer haben die Mindestanforderungen an die Wasserqualität erfüllt. An 83 Prozent der Standorte ist die Wasserqualität sogar hervorragend, wie aus dem Jahresbericht der Europäischen Umweltagentur zur Qualität der europäischen Badegewässer hervorgeht.

Demzufolge finden Schwimmer beste Bedingungen an allen Badeorten in Zypern, Malta und Luxemburg vor. In drei weiteren Ländern liegt die Anzahl der Standorte mit hervorragenden Qualitätswerten über dem EU-Durchschnitt, nämlich in Griechenland (97 Prozent), Kroatien (94 Prozent) und Deutschland (90 Prozent).

Europaweit verfehlten nur 409 der getesteten Badegewässer (weniger als 2 Prozent) die festgelegten Mindeststandards für Wasserqualität und wurden als „mangelhaft" eingestuft. Die meisten davon finden sich in Italien (107) und Frankreich (105). Zur Überwachung der Badegewässerqualität untersuchen die Länder bestimmte Arten von Bakterien, einschließlich der Darmbakterien Enterococcus und Escherichia coli. Diese können Hinweise auf das Vorliegen einer Gewässerbelastung insbesondere durch Abwässer und Abfälle aus der Tierhaltung geben.

Die Bürger können sich auf der Internetseite der Europäischen Umweltagentur zu den Badegewässern über die Wasserqualität an ihrem bevorzugten Badeort informieren.

Hintergrund

Badegewässer in Europa müssen die Standards erfüllen, die in der Badegewässerrichtlinie von 2006 festgesetzt sind. Die EU veröffentlicht alljährlich einen zusammenfassenden Bericht über die Qualität der Badegewässer, der sich auf die Berichte der Mitgliedstaaten stützt, die bis Ende des vorangegangenen Jahres zu übermitteln sind. Im diesjährigen Bericht haben alle 28 EU-Mitgliedstaaten sowie die Schweiz die Badegewässerqualität überwacht und gemeldet.

Die Ergebnisse des Jahresbericht sind unter dem folgenden Link abrufbar:
http://www.eea.europa.eu/publications/european-bathing-water-quality-in-2014/at_download/file
Zusammen mit dem Bericht hat die EUA eine interaktive Karteen veröffentlicht, die die Ergebnisse für jeden Badeort zeigt:
http://www.eea.europa.eu/themes/water/interactive/bathing/state-of-bathing-waters

Umweltpolitik

RESSOURCENEFFIZIENZ: ROHSTOFFE SINNVOLL NUTZEN!

Europäisches Parlament legt Position zu Kreislaufwirtschaft fest

Weltweit werden Rohstoffe immer knapper und teurer. Zugleich produzieren wir mehr Abfall denn je. Die verschwenderische Nutzung der Ressourcen schadet der Umwelt und stellt ein wirtschaftliches Risiko dar. Das Modell der Zukunft ist die Kreislaufwirtschaft, in der Produkte langlebig, reparierbar und recycelbar sind. Das Europäische Parlament legte dazu am 8.Juli in einem Initiativbericht seine Position fest.

Demnach fordert der Initiativbericht die Kommission dazu auf, in ihren Gesetzesvorschlägen verbindliche Zielwerte für die Reduktion von Siedlungs- und industriellem Müll für 2025 festzulegen. Separate Sammlungssysteme für Papier-, Metall-, Plastik-, Glas- und Kompostabfall sollen als Grundstein für höhere Recyclingquoten EU-weit eingeführt werden. Das ist nötig, da es in vielen Mitgliedstaaten noch keine effizienten Mülltrennungssysteme gibt - und Recycling so erheblich erschwert wird. Nach Schätzungen der Kommission würde eine jährliche Steigerung der Ressourcenproduktivität um zwei Prozent in der EU rund zwei Millionen Arbeitsplätze bis 2030 schaffen

„Ohne ambitionierte Ziele, wie Steigerung der Ressourceneffizienz um 30 Prozent bis 2030, werden wir die Ökosysteme weiter schädigen und die Wirtschaft nicht zukunftsfähig gestalten. Die Wegwerfgesellschaft, in der viele Produkte nach einmaliger Nutzung in der Mülltonne landen, muss endlich ein Ende haben. Es ist nicht hinnehmbar, dass manche Hersteller Sollbruchstellen und Verschleißteile in die Produkte einbauen, um die Verbraucher kurz nach Ablauf der Garantie zum Neukauf zu zwingen. Standards für Reparierbarkeit, Anforderungen an Ressourceneffizienz und eine längere Garantiedauer gehören auf die Tagesordnung der EU-Umweltpolitik in den nächsten Jahren, fordern die SPD-Europaabgeordneten.

Wirtschaftspolitik

"ALLE KARTEN AUF DEN TISCH!"

Europaparlament fordert mehr Transparenz bei der Unternehmensbesteuerung

Das Europäische Parlament pocht auf eine nachvollziehbare Besteuerung von Unternehmen. Große grenzüberschreitend tätige Unternehmen sollen künftig offenlegen, in welchem Land sie welche Gewinne erzielen und wie viele Steuern darauf entrichtet werden. Diese Forderung ist Teil der Neuregelung der sogenannten Aktionärsrechterichtlinie, zu der die Europaabgeordneten am 8. Juli ihre Position dargelegt haben.

„Bei der Unternehmensbesteuerung müssen zukünftig alle Karten auf den Tisch. Nur auf diese Weise wird ersichtlich, ob Unternehmen in Steueroasen tatsächlich wirtschaftlich tätig sind oder ihre dortigen Niederlassungen nur zum Zweck der Steuervermeidung gegründet haben. Im Kampf gegen Steuervermeidung und aggressive Steuerplanung steht und fällt alles mit der Transparenz. Wenn klar ist, wo Unternehmen welche Steuern zahlen, wäre nicht nur offensichtlich, welche Länder mit Steuersparmodellen locken, sondern auch das Prinzip des duldenden Wegschauens der anderen EU-Mitgliedstaaten würde damit durchbrochen", so die SPD-Europaabgeordneten.

Die Richtlinie hat zudem das Ziel, dass Aktionäre besser über die Unternehmen, in die sie investieren, informiert sind und mehr Beteiligungsmöglichkeiten erhalten. So sollen Aktionäre zum Beispiel alle drei Jahre die Höhe und Kriterien der Vergütung der Unternehmensleitung bestätigen können. Damit können die Aktionäre das Management dazu bringen, den Fokus mehr auf langfristigen Erfolg der Unternehmen zu legen. Die kurzfristige Profitmaximierung einiger Unternehmen war mitverantwortlich für das Entstehen der Finanz- und Wirtschaftskrise in Europa.

Das Europäische Parlament tritt jetzt in die Verhandlungen mit Mitgliedstaaten und EU-Kommission ein, um eine Einigung über einen endgültigen Gesetzestext zu erzielen.

Arbeitsmarkt

"DAS IST GELEBTES EUROPA"

Volle Öffnung des Arbeitsmarktes für Kroatien seit dem 1. Juli 2015

Seit dem 1. Juli 2015 gilt auch für kroatische Staatsangehörige die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit in Deutschland. Das Bundeskabinett hat am 17. Juni beschlossen, dass kroatische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zwei Jahre nach dem EU-Beitritt von Kroatien zukünftig keine Arbeitsgenehmigung mehr vorweisen müssen. Die volle Freizügigkeit ist neben dem freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital eine der Grundfreiheiten der EU. Sie bedeutet, dass jeder Unionsbürger sich grundsätzlich in der EU frei bewegen und wirtschaftlich betätigen kann. Der EU-Beitrittsvertrag mit Kroatien erlaubte, die Arbeitnehmerfreizügigkeit für kroatische Staatsangehörige auf maximal 7 Jahre zu beschränken.

Europaweite Arbeitsschutz-Studie

EU-OSHA PRÄSENTIERT BEFRAGUNGS-ERGEBNISSE

Zweite Europäische Unternehmensbefragung zu neuen und neu aufkommenden Risiken/Psychosoziale Risiken (ESENER-2)

Am 18. März hat die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz ihre neueste Studie über das Management von neuen aufkommenden Risiken am Arbeitsplatz vorgelegt. Die umfassende Studie – 50 000 Unternehmen haben sich beteiligt – gibt Auskunft, wo die größten Gesundheitsrisiken für Arbeitnehmer liegen. Schwerpunkte der Erhebung waren psychosoziale Risiken, d.h. Themen wie Stress am Arbeitsplatz, Gewalt und Mobbing. Mithilfe der Erhebung sollen Unternehmen europaweit unterstützt werden, Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit wirksamer zu managen und die Gesundheit und das Wohlbefinden der Beschäftigten zu fördern. Darüber hinaus dienen die Erkenntnisse auch als Grundlage für zukünftige politische Gestaltungsansätze.

Projektergebnisse: Eine Zusammenfassung des Abschlussberichtes in deutscher Sprache können Sie von der Internetseite der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz heruntergeladen:
https://osha.europa.eu/sites/default/files/publications/documents/esener-ii-summary-de.pdf

Praktikum im Abgeordnetenbüro

"POLITIK UND WIRTSCHAFT - IN DIESER KOMBI GERN!"

Erfahrungsbericht von Charlotte Steinkamp

Obwohl mein Bachelor "International Management" auf den ersten Blick vielleicht nicht allzu viel mit Politik zu tun hat, war mir sofort klar, dass sich mir mit diesem Praktikum eine große Chance eröffnet. Und zwar die Chance eine interdisziplinäre Brücke zu bilden.
Hierbei konnte ich insbesondere den Kontakt zwischen Vertretern der Wirtschaft und der Politik einschätzen lernen. Dieser stellt sich in der Realität ganz anders dar, als es das Klischee des "bösen Lobbyisten" vermuten lässt. Ich habe feststellen müssen, dass die schiere Masse an Interessensvertretungen in Brüssel keine Schlussfolgerungen darauf zulässt, wieviel Einfluss diese Lobbyisten dann letztendlich haben und kein MdEP steht in der Pflicht sich mit jedem zu treffen, der einen Termin anfragt.
Am ersten Juni 2015 gingen meine zwei Monate im Parlament dann los und da ich vorher noch nie in Brüssel gewesen war, musste ich mich erst einmal in dieser beeindruckenden und sehr hektischen Stadt zurechtfinden. Dies ist jedoch nur ein kleiner Vorgeschmack gewesen auf die Hektik und die Unübersichtlichkeit, die mich im Parlament erwarteten. Ich habe in den letzten zwei Monaten einige Kilometer innerhalb dieses Gebäudekomplexes zurückgelegt und ich kenne wahrscheinlich dennoch nur einen Bruchteil davon.
Gepaart mit diesen äußerlichen Eindrücken durfte ich ebenso von Anfang in den inhaltlichen Bereich eintauchen und den Trilog-Verhandlungen zur Verordnung über einen Digitalen Binnenmarkt beiwohnen. Hierbei lag das Hauptaugenmerk von Petra auf dem Erhalt der Netzneutralität in Europa. Ein netzpolitisches Thema, das grade in meiner Generation eine besondere Bedeutung hat. Doch auch wenn ich schon vorher einigermaßen informiert über das Thema gewesen bin, wurde mir erst im Zuge der Verhandlungen klar, wie hochkomplex und technisch dieses Thema zwischen Rat, Kommission und EP ausverhandelt wird. Es war sehr spannend mit zu verfolgen wie dieses, schon sehr lange verhandelte Thema als Text in den folgenden Tagen und Wochen weiter Gestalt annahm und, zumindest teilweise, abgeschlossen wurde.
Es ist für mich extrem spannend gewesen auch einmal an einem solchen Prozess der Kompromissfindung teilgenommen haben zu können. Ein solcher Blick über den Tellerrand wird mir in meinem weiteren Karriereverlauf ohne Frage sehr helfen - insbesondere wenn es darum geht in Verhandlungen die Ruhe zu bewahren und mit Geschick und Hartnäckigkeit am Ende auf ein Ergebnis zukommen mit dem alle Parteien leben können.
Die Möglichkeit an Fraktions- und Gruppensitzungen und sogar dem Plenum teilzunehmen war ein weiteres Highlight, welches mich sicherlich prägen wird. Wann sonst bekommt man die Gelegenheit hautnah mitzuerleben wie es innerhalb politischer Gruppierungen im Parlament aussieht? Alle Beteiligten haben definitiv meinen Respekt dafür sich in eine solch verantwortungsvolle Position zu begeben.
Es gäbe noch viel zu erzählen über dieses, eigentlich kurze, Praktikum, allerdings würde das den Rahmen hier definitiv sprengen. Soviel sei jedoch noch gesagt: es war eine sehr interessante und lehrreiche Erfahrung die ich jederzeit wiederholen würde und ich glaube, dass es fast jedem Studenten der Wirtschaft oder verwandten Fächern spannende Einblicke, sowie wichtige Erfahrungen liefert.

Be Part of the European Parliament

WIR SUCHEN PRAKTIKANTEN!

Praktikum im Abgeordnetenbüro im Europäischen Parlament vom 12.10.2015 bis 18.12.2015

Sind Sie gut organisiert, motiviert und interessiert an einer europäischen Praktikumserfahrung? Das Brüsseler Abgeordnetenbüro von Petra Kammerevert bietet interessierten und engagierten Studentinnen und Studenten die Möglichkeit, das politische Tagesgeschehen im Europäischen Parlament hautnah zu erleben. Bei uns kocht der Büroleiter den Praktikanten mindestens genauso viele Tassen Kaffee wie andersrum.

Was wir Ihnen bieten:

- Direkter Kontakt zu Parlamentsabgeordneten und Kennenlernen der politischen Arbeit
- Mitarbeit in interessanten Aufgabenfeldern
- Begleitung zu Ausschuss- und Fraktionssitzungen
- Zugang zu Besprechungen und Networking Veranstaltungen
- Attraktive Vergütung

Was wir von Ihnen erwarten:

- Gute Studienleistungen, mindestens 3. Fachsemester
- Motivation, Teamgeist und Einsatzbereitschaft
- Interesse am europapolitischen Geschehen
- fundierte PC-Kenntnisse (Office-Standardanwendungen)
- Deutsch verhandlungssicher, sehr gute Englischkenntnisse

Wir ermutigen ausdrücklich jeden, unabhängig von der Studienrichtung sich zu bewerben. Sollten Sie sich nur für einen späteren Zeitraum bewerben können, teilen Sie uns diesen bitte mit.

Bei Interesse für eine Anstellung vom 12.10.2015 bis 18.12.2016 bitte Lebenslauf, Nachweis über Studienleistungen und kurzes Motivationsschreiben an petra.kammerevert@europarl.europa.eu.
Bewerbungsschluss ist der 31.08.2015. Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung!

Impressum

Petra Kammerevert, MdEP
Herausgeberin

Lukas Paslawski, Charlotte Steinkamp
Redaktion und Layout

Europäisches Parlament, Felix Kindermann, Jochen Wirtz, Manuel Mohrs
Fotos

Ihr direkter Kontakt zu Petra Kammerevert
Kavalleriestr. 16, D-40213 Düsseldorf
Tel.: +49 (0)211 - 59807537 Fax: +49 (0)211 - 59807536
info@petra-kammerevert.eu www.petra-kammerevert.eu

Folgen Sie Petra Kammerevert
www.facebook.de/petrakammerevert

Europa neu denken. SPD